

8 Jahre SPD/PDS

Diktatur der Mehrheit



Aufklärung über
die Ergebnisse
von acht Jahren
SPD/PDS-Koalition
in Mecklenburg-Vorpommern





Liebe Bürgerinnen und Bürger,

acht Jahre hatten SPD und PDS Zeit zu zeigen, ob sie in der Lage sind, Mecklenburg-Vorpommern nach vorn zu bringen. Heute lässt sich mit Fug und Recht das Fazit ziehen: Sie haben unser Land nicht vorangebracht. Acht wertvolle Jahre, in denen von Bund und EU reichlich finanzielle Unterstützung floss, haben SPD/PDS erfolglos verstreichen lassen.

Bei seinem Amtsantritt hatte der Ministerpräsident noch versprochen, die Zahl der Arbeitslosen um mindestens 20.000 zu senken. Heute sind trotz Abwanderung, Frühverrentung und statistischer Tricks mehr Menschen ohne Arbeit, als zu Beginn der SPD/PDS-Koalition. Dabei hat die rot-rote Landesregierung in den letzten Jahren mehr als 780 Mio. Euro für die Arbeitsmarktpolitik ausgegeben.

Das erste wirtschaftspolitische Signal von Rot-Rot war die Verhinderung der Transrapidstrecke Hamburg-Berlin. Heute zählt der Ministerpräsident immer die gleichen Neuansiedlungen auf und beschwört den wirtschaftlichen Aufholprozess.

Dem entgegen steht der Verlust von über 100.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen seit 1998. 100.000 Jobs weniger bedeutet auch, dass 100.000 Menschen weniger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

Mit dieser Broschüre wollen wir über die Versäumnisse von acht Jahren SPD/PDS-Koalition in unserem Land aufklären, denn vieles droht in Vergessenheit zu geraten. Manche Daten wurden erst gar nicht publiziert und einiges nie im richtigen Zusammenhang dargestellt. Diese Lücke wollen wir füllen.

Nur wenn wir alle im Land begreifen, wo wir tatsächlich stehen, können die notwendigen Entscheidungen mutig getroffen werden. Wir wollen unser Land sozial ausgewogen wieder auf einen erfolgreichen Weg zurückführen. Wir wollen, dass unsere Kinder und Jugendlichen, die die Zukunft des Landes sind, hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern eine Chance und damit ihre Heimat finden.

Ihr
Dr. Armin Jäger



Inhaltsverzeichnis

Eingangsstatement	2
Wo steht unser Land?	4
Finanzen	5–6
Wirtschaft und Arbeit	7–10
· Wirtschaftliche Entwicklung negativ	7–8
· Verkehrspolitik	8–9
· Tourismus	9–10
· Arbeitsmarktpolitik	10
Bildung und Kultur	11–16
· Jedes Jahr ein neues Schulgesetz	11
· Größere Klassen trotz sinkender Schülerzahl	11–12
· Ungleiche Behandlung der Schularten	13–14
· Lehrerpersonalkonzept, Zwangsteilzeit, Stundenkürzung	14–15
· Forschung und Lehre werden bevormundet	15
· Musikschulen droht Kürzung	16
· Theater, Kunst und Kultur	16
Landwirtschaft	17
Soziales	18–21
· Jugend, Familie, Sport	18–20
· Soziales	20–21
· Gesundheit	21
Umwelt	22–23
· Naturschutz	22
· Abfallwirtschaft	23
Polizei und Innere Sicherheit	24–25
Verwaltungsreform und Kommunale Angelegenheiten	26–27
Justiz	28–29
Europa	29
Petitionen	30
Mecklenburg-Vorpommern braucht mehr Gemeinsamkeit	31

Wo steht unser Land?

Im Jahr des Amtsantritts von SPD/PDS lebten in unserem Land fast 1,8 Millionen Menschen. Heute sind wir gerade noch 1,7 Millionen, und Prognosen sagen bei einer weiteren negativen Entwicklung für das Jahr 2020 zwischen 1,5 Millionen und 1,48 Millionen Einwohner voraus.

Die ersten vier Jahre hat die Landesregierung das Problem der Demografie beiseite gewischt. Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut in Rostock, die auf die Entwicklung hinwiesen, wurden beschimpft. Heute lässt sich nichts mehr schönreden. Aber welche Schlüsse zieht die Landesregierung? Sie will zentralisieren, streichen und kürzen. Aber nicht bei sich, sondern bei Schulen, Hochschulen, Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Trotz rückläufiger Bevölkerung blähte sich die Landesregierung auf 9 Ministerien und die Staatskanzlei mit insgesamt 44 Abteilungen auf. Jede Abteilung hat Referate. Insgesamt sind es 248! In diesen arbeiten Beamte und Angestellte und erdenken sich immer neue Richtlinien, Erlasse, Verordnungen und Gesetze.

Trotz Deregulierung und Bürokratieabbau nahm die Anzahl der Gesetze auch in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten acht Jahren zu. 7 Millionen Euro gab die Landesregierung zwischen 1998 und 2005 für Öffentlichkeitsarbeit aus. Meist war es der hilflose Versuch, schlechte Politik in Hochglanzbroschüren positiv zu ummanteln.



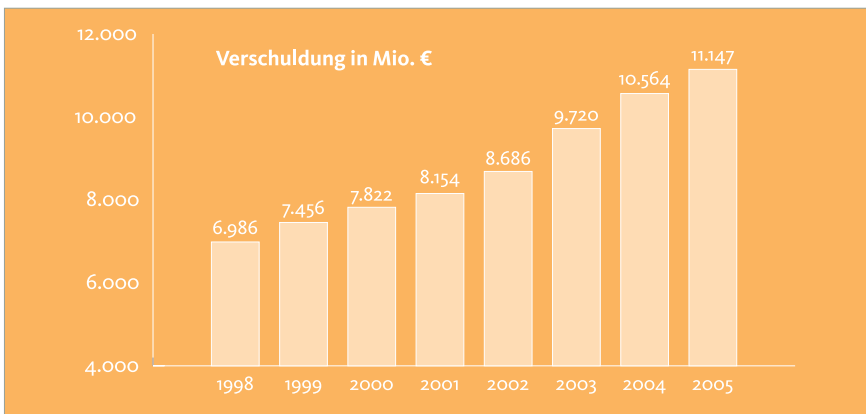
Finanzen

Trotz aller Sparversprechungen nahm die Verschuldung des Landes jedes Jahr weiter zu. Seit Amtsantritt von SPD/PDS im Jahr 1998 hat sich der Schuldenberg nahezu verdoppelt. Die Pro-Kopf-Verschuldung übersteigt in Mecklenburg-Vorpommern nach acht Jahren SPD/PDS bereits heute die durchschnittliche Verschuldung der westlichen Länder.

Eine Ursache ist das Wegbrechen der Steuereinnahmen des Staates infolge der völlig verfehlten Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2001. Mit ihrer Zustimmung im Bundesrat hatte die rot-rote Koalition diese Steuerreform, die die großen Konzerne und Kapitalgesellschaften massiv entlastete, überhaupt erst ermöglicht.

Eine zweite Ursache der negativen Entwicklung bei den Steuereinnahmen des Landes ist die weiter anhaltende Abwanderung vor allem junger Menschen aus unserem Land. Denn jeder der geht, nimmt jährlich etwa 3.000 € Finanzausgleich mit. Jedes Jahr verliert Mecklenburg-Vorpommern so fast 30 Millionen Euro.

Neben diesem Einnahmeproblem hat das Land allerdings auch ein Ausgabeproblem. Das strukturelle Defizit des Landes erreicht 2005 rund 400 Millionen Euro. Seit Jahren mogelt sich die Landesregierung um Einsparungen herum, weil sie klare Prioritäten im Landeshaushalt scheut. So wird überall nach der Rasenmähermethode gekürzt und gestrichen, statt sich klar zu ent-

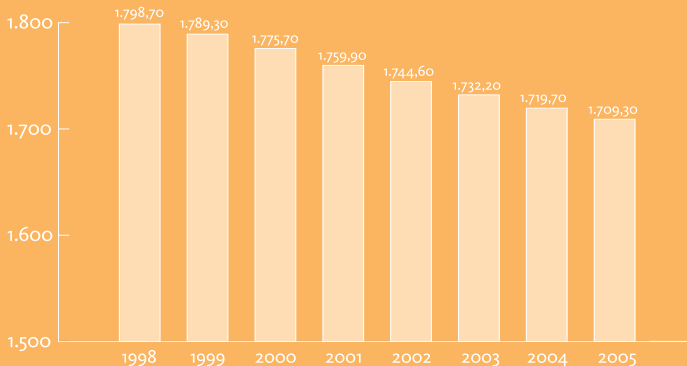




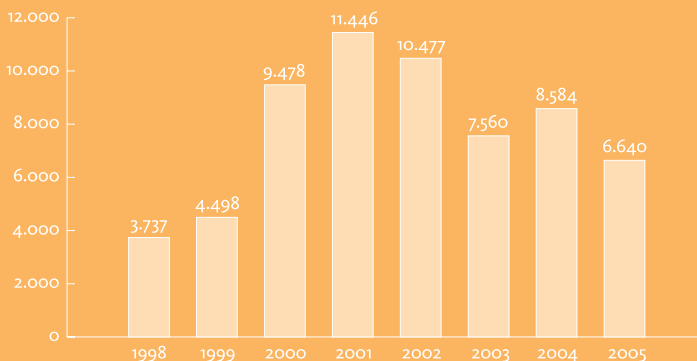
scheiden, welche Ausgaben sich das Land noch leisten kann und will. Der fehlende Mut zu Entscheidungen hat dazu geführt, dass die Ausgaben für Personal die der Investitionen deutlich übersteigen. Im Jahr 2004 um 511,8 Millionen €

und im Jahr 2005 um 498,3 Millionen €. Investitionen legen jedoch den Grundstock für wirtschaftliches Wachstum und dienen der Substanzerhaltung. Zurückgehende Investitionen bedeuten ein Leben von der Substanz.

Bevölkerung in Tausend



Abwanderungen aus M-V absolut



Wirtschaft und Arbeit

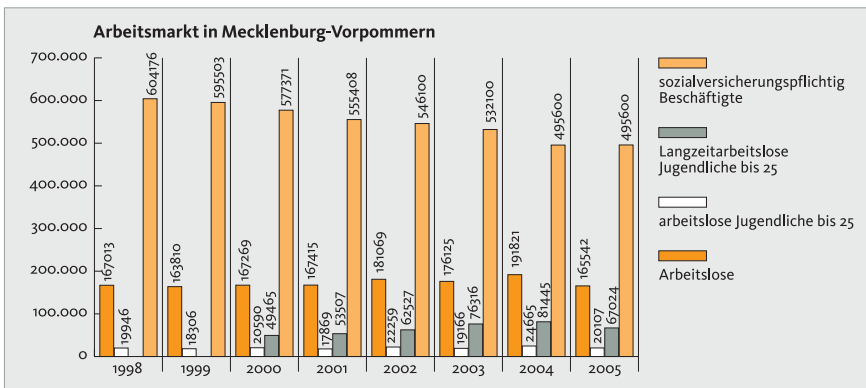
Wirtschaftliche Entwicklung negativ

Seit 1998 musste das Land in drei Jahren ein negatives Wirtschaftswachstum verkraften. Diese Negativdaten schlugen sich in allen Wirtschaftsstatistiken nieder. Darüber, dass das Land in tiefe Stagnation verfallen ist, halfen auch positive Entwicklungen in der Ernährungswirtschaft, der maritimen Wirtschaft oder der Holzindustrie nicht hinweg. Im Tourismus verzeichneten wir in den vergangenen beiden Jahren erstmals starke Einbußen.

Ein Grund für die massiven wirtschaftlichen Probleme des Landes ist die fehlende Koordination von Wirtschafts- und Arbeitspolitik. Zwei Ministerien fühlen sich zuständig. Immer wieder beherrscht

ten Kompetenzstreitigkeiten die Schlagzeilen. Beide Ministerien übertreffen sich mit schlecht koordinierten Imagekampagnen (Wirtschaftsministerium: MV tut gut; Arbeitsministerium: Einfach anfangen). Die Förderpolitik ist weiterhin völlig unüberschaubar und zersplittert. Trotz breiter öffentlicher Zustimmung lehnten SPD/PDS den Einsatz der Rückflüsse aus der NordLB für ein Darlehens- und Bürgschaftsprogramm ab. Die höchste Arbeitslosigkeit in Deutschland, ein massiver Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und eine seit Jahren fehlende Wachstumsdynamik sind die logische Konsequenz.

Selbst die gern dargestellte positive Entwicklung bei den Gewerbeanmeldungen ist trügerisch. Sie ist vor allem auf die Ich-AG zurückzuführen, die seit

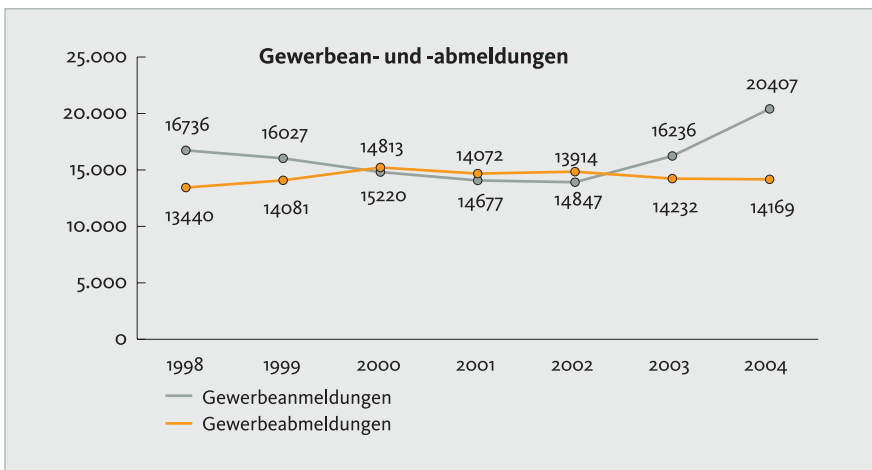


2003 mit staatlicher Unterstützung entstehen. Heute gibt selbst die Landesregierung zu (Kleine Anfrage Drs. 4/1567), dass viele Existenzgründer nach Ende der Förderung aufgeben werden.

Verkehrspolitik

Besorgniserregend ist die Bilanz in der Verkehrspolitik. Ein erster Paukenschlag

Beim Ringen um die Ansiedlung des Luftfahrtunternehmens Airbus in Rostock-Laage zog Mecklenburg-Vorpommern auch deshalb den Kürzeren, weil die Bundesregierung unter Gerhard Schröder dem Land nicht zur Seite stand. Statt direkt am Flughafen Rostock-Laage auf erschlossenem Gewerbeland zu bauen, wurde in



war die Absage von SPD/PDS an den Transrapid. Die fast abgeschlossenen Planungen für den Bau der Magnetschwebbahn zwischen Hamburg und Berlin mit Haltepunkt bei Schwerin wurden eingestellt. Heute fährt der Transrapid in China.

Hamburg für das Werk ein Naturschutzgebiet plantiert.

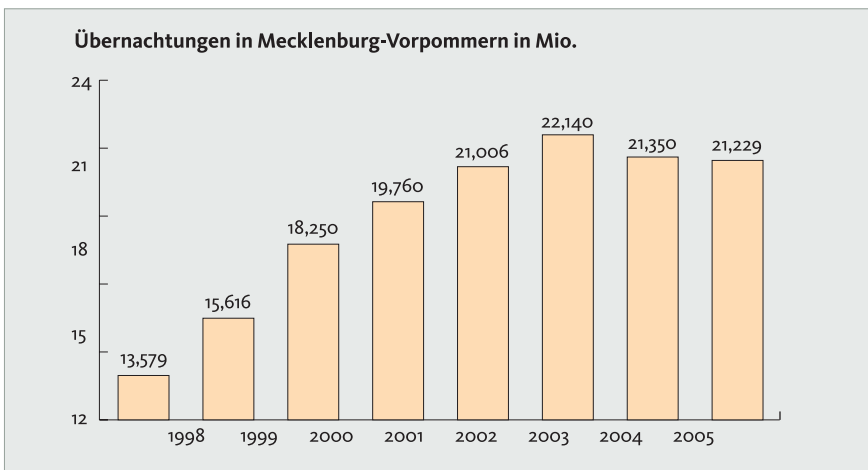
Seit Jahren kommt der Abschluss der A 241 zwischen Schwerin und Wismar nicht voran. Dadurch fehlt das wichtige Verbindungsstück zwischen A 24 und A 20. Dies ist nachteilig für die Unter-



nehmen und den Hafen in der Hansestadt Wismar.

Nach acht Jahren SPD/ PDS-Landesregierung ist die Situation der Landes- und Bundesstraßen teilweise katastrophal. 25,5 % der Bundes- und 14 % der Landesstraßen befinden sich in der niedrigsten Zustandsbewertung.

Auch beim Schienenverkehr ist Mecklenburg-Vorpommern inzwischen abgehängt. Heute gibt es im Land keine feste ICE-Verbindung. Vom Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Hamburg-Berlin hat das Land keinen Vorteil erlangen können. Von der größten Stadt des Landes (Rostock) dauert es mit dem Zug nach Berlin, trotz anders lautender



119 Brückenbauwerke sind in der Tragfähigkeit beeinträchtigt, 27 sogar teilzerstört. Ganze 34 Brücken im Land weisen noch keine Schäden auf. Die Landesregierung hat nicht erkannt, dass jede hinausgezögerte Erhaltungsmaßnahme nur zusätzliche Kosten verursacht.

Beteuerungen durch die Landesregierung, immer noch indiskutable drei Stunden!

Tourismus

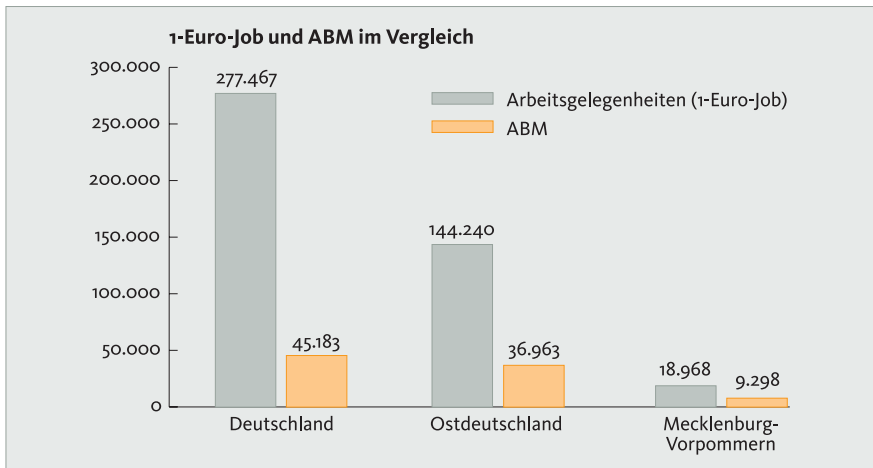
Bedenklich erscheint die Entwicklung im Tourismus. In den Jahren 2004 und 2005 mussten rückläufige Übernachtungen



tungszahlen registriert werden. Jetzt setzt sich die Erkenntnis durch, dass viel offensiver im Inland und im deutschsprachigen Ausland geworben werden muss. Gerade der Tourismus aus dem Ausland führte bislang ein absolutes Schattendasein. Da passt es schlecht, dass sich SPD und PDS nicht einig sind, was die

Arbeitsmarktpolitik

Als Harald Ringstorff im Jahr 1998 mit SPD und PDS Ministerpräsident wurde, hatte er angekündigt, die Zahl der Arbeitslosen in der Legislaturperiode um mindestens 20.000 zu senken. Mehr als 780 Mio. € sind unter SPD/PDS in unterschiedliche Experimente auf dem zwei-



Chancen durch die Ausrichtung des G 8-Gipfels im Jahr 2007 im Ostseebad Heiligendamm betrifft. Die mediale Aufmerksamkeit der ganzen Welt liegt durch den Gipfel auf unserem Land. Wir wollen gute Gastgeber sein, doch die PDS macht Stimmung gegen den Gipfel und schadet so dem Land.

ten und dritten Arbeitsmarkt versickert. Der Erfolg ist gleich Null. Über 100.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gingen in unserem Land seit 1998 verloren und heute sind, trotz einer Spitzenposition bei ABM, mehr Menschen ohne Job als beim Amtsantritt von Harald Ringstorff.

Bildung und Kultur

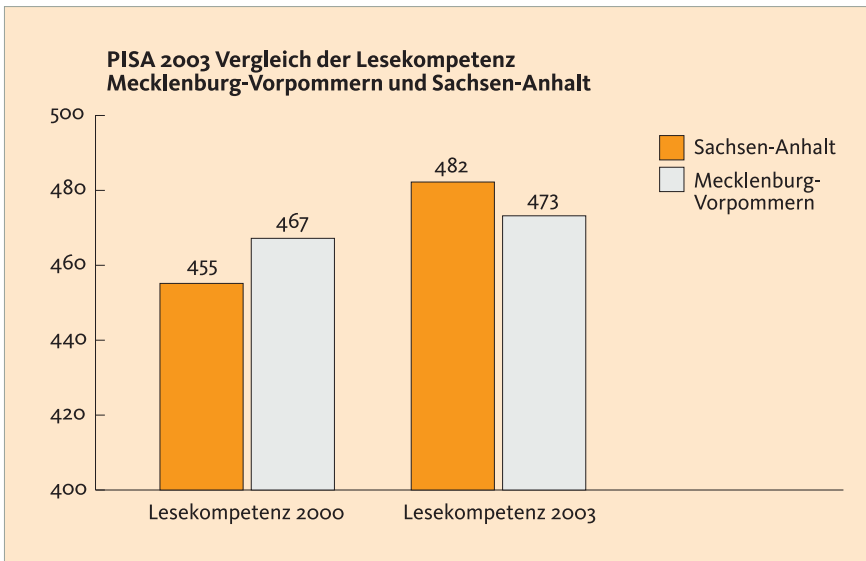
Jedes Jahr ein neues Schulgesetz

1996 verabschiedete die Große Koalition für Mecklenburg-Vorpommern ein neues Schulgesetz. Ab 1998 wurde jedes Jahr das Schulgesetz geändert. Drei Bildungsminister der SPD mussten sich mit ihren eigenen Strukturideen in der Schulgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns verewigen. Alle drei SPD-Bildungsminister waren im Gegensatz zur gestandenen Lehrerin Steffie Schnoor keine Schulfachleute. Die fehlende strukturelle Ruhe an unseren Schulen ist eine Hauptursache für das Fehlen einer

tatsächlichen inneren Schulreform. So konnte Sachsen-Anhalt bei PISA 2003 an Mecklenburg-Vorpommern vorbeiziehen. Dort sind die richtigen Weichen gestellt.

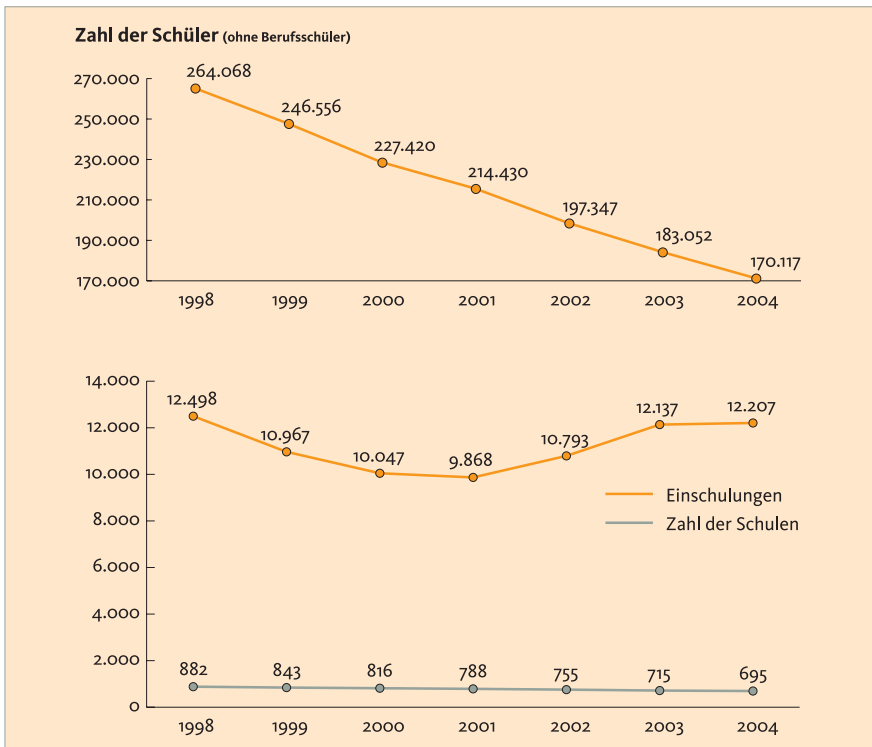
Größere Klassen trotz sinkender Schülerzahl

Kurze Wege für kurze Beine hatte die PDS versprochen. Nach 8 Jahren SPD/PDS ist die wohnortnahe Grundschule zur Seltenheit geworden. Trotz sinkender Schülerzahlen haben SPD/PDS die Klassenstärken von 14 auf 20 Schüler hoch gesetzt. Die Folge: viele Grundschulen im ländlichen Raum müs-



sen geschlossen werden. Verantwortlich für diese Entscheidungen sind die Landtagsabgeordneten von PDS und SPD, die nicht die Interessen der Kinder in ihrem Wahlkreis vertreten. Im Ergebnis sind die Kinder immer länger unterwegs. Stress, Konzentrationsprobleme, sinkende Leistungen – so genannte Lern- und Verhaltensprobleme – sind die Folge, die auch der

Landesverband der Schulärzte feststellt. Die CDU unterbreitete den Vorschlag, Grundschulen mit mindestens 14 Kindern in der 1. Klasse zu erhalten. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt.



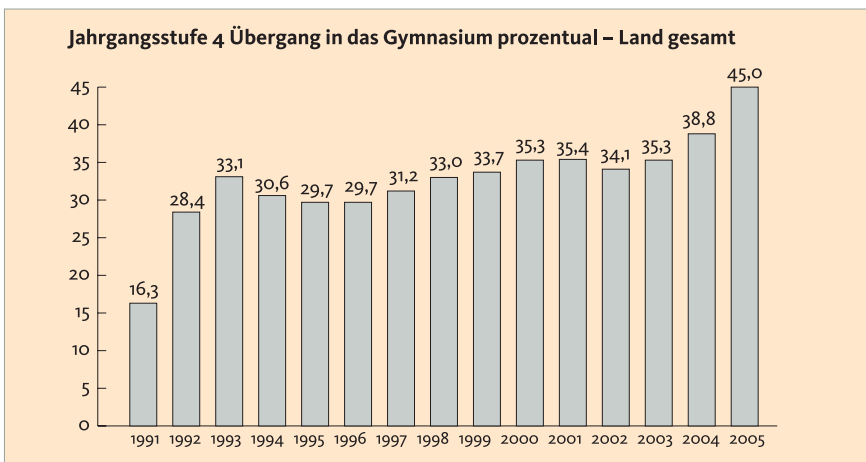


Ungleiche Behandlung der Schularten

Die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern haben nicht die jeweiligen Voraussetzungen, um ihre Aufgaben im Interesse der Schüler zu erfüllen. Gerade der Bereich, den normalerweise die meisten Schüler besuchen – der Haupt- schulbildungsgang und der Realschulbildungsgang, jetzt die Regionalen Schulen – waren in den vergangenen Jahren von allen Strukturänderungen massiv betroffen. Das Vertrauen in diese Schularten ist dramatisch abgesunken. Vor jeder Strukturänderung stiegen daher die Zugangszahlen zum Gymnasium aufgrund des freien Elternwillens massiv an. Das führt zum Absinken des Niveaus des Abiturs, zu einem Verdrängungswettbewerb auf dem Lehrstellenmarkt, auf

dem immer mehr Gymnasiasten selbst guten Realschulschülern die Lehrstellen streitig machen. Trotz hoher Zugangsquoten ist die Abiturientenquote nicht wesentlich gestiegen. Sie liegt bei lediglich 28 %. Die Förderung der schwachen Schüler leidet darunter. So hat Mecklenburg-Vorpommern bundesweit den höchsten Anteil von Förderschülern. Das Leistungsgefälle zwischen Gymnasien und Regionalen Schulen (Haupt- und Realschulen) ist stark ausgeprägt. Das sind Folgen einer konzeptionslosen Strukturpolitik zu Lasten der schwächeren Schüler.

Mit den hohen Übergangsquoten steigt auch die Zahl der Schüler, die die Anforderungen an den Gymnasien nicht erfüllen können. Mehr als 1000 Schüler





in jedem Schuljahr wechseln vor allem nach Klasse 9 an eine andere Schulart.

Das Volksbegehren des Landeselternrates greift vor allem diese politisch zu verantwortenden Zustände an. Daher ist ein Erfolg des Volksbegehrens die Voraussetzung für einen Neuanfang in der Bildungspolitik.

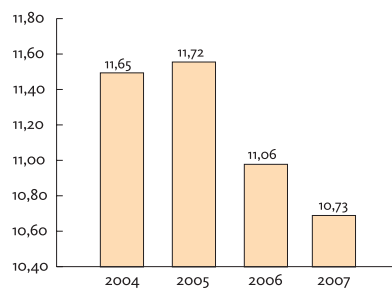
Lehrerpersonalkonzept, Zwangsteilzeit, Stundenkürzung

Mit Lehrerpersonalkonzept, Zwangsteilzeit, Stundenkürzung und Lehrertourismus hat die Landesregierung in den letzten Jahren einen ganzen Berufsstand frustriert. Lehrerinnen und Lehrer die eigentlich engagiert und motiviert werden müssten, um Kindern und Jugendlichen ein ordentliches Rüstzeug für das spätere Berufsleben zu geben, fühlen sich als ungeliebte Mitarbeiter des Landes und Prügelknaben einer ganzen Gesellschaft. Das Dankeschön für das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern war die Erhöhung der Pflichtstundenzahl. Das bedeutete einen realen Einkommensverlust. Obwohl die Landesregierung vor dem Landesarbeitsgericht eine glatte Niederlage im Streit um die Erhöhung von Pflichtstunden von Lehrern, die bereits in Zwangsteilzeit unterrichten, einfuhr, soll

mit Steuergeldern die nächste Instanz angerufen werden. Junge Lehrer haben weder Chance noch Perspektive und wandern in andere Bundesländer ab. Außerordentliches Engagement von Lehrern für ihre Schüler wird nicht belohnt. Im Gegenteil. Die Lehrer, die sich Zeit für die Kinder genommen haben, werden bei der auf Fachlichkeit bezogenen Stundenvergabe benachteiligt. Schule als Bildungs- und Erziehungsort hat dramatisch unter dieser Entwicklung gelitten.

Immer neue Strukturdebatten verunsichern Lehrer und Eltern. Statt starke wie schwächere Schüler gezielt zu fördern, setzten SPD/PDS auf Gleichmacherei. Die Einzigartigkeit eines jeden Kindes bleibt unberücksichtigt. Die Konse-

Anteil der Ausgaben des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Schule am Gesamthaushalt in %

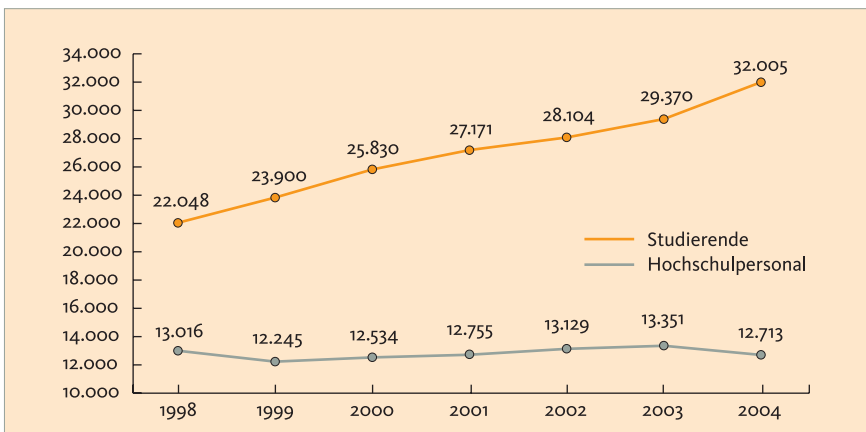


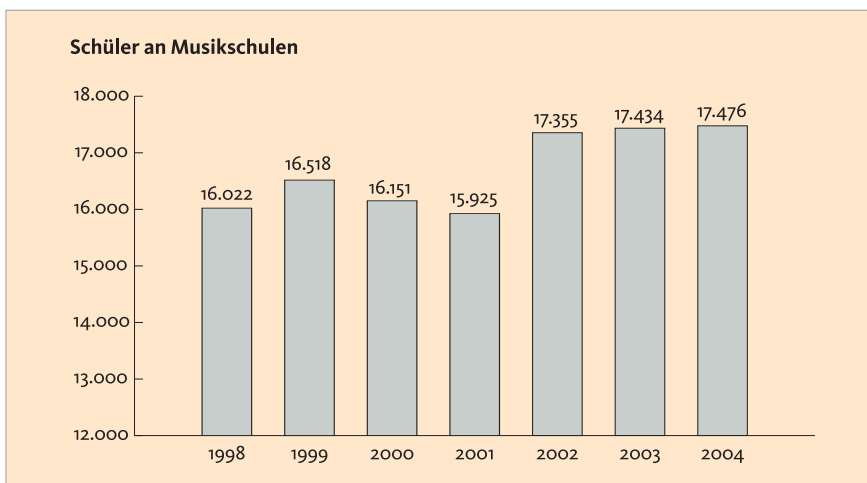
quenz: Bei PISA belegt das Land nur hintere Plätze. Die Bildungsausgaben in Mecklenburg-Vorpommern sinken ständig. Das falsche Signal in einer Zeit, in der Bildung für viele Menschen die einzige Chance bedeutet. Nicht bei allem, wo sozial drauf steht, ist sozial drin. Das trifft vor allem auf sozialdemokratische Bildungspolitik zu.

Forschung und Lehre werden bevormundet

Hochschulpolitik ist immer auch Strukturpolitik. In Mecklenburg-Vorpommern ist Hochschulpolitik vor allem Kürzungspolitik. Der Rotstift regiert. 652 Stellen fallen in den nächsten Jahren weg, obwohl immer mehr junge Menschen studieren wollen. Zusätzlich greift die Landesregierung mit dem neuen Hoch-

schulgesetz, welches von allen Experten abgelehnt wurde, massiv in die Hochschulautonomie ein. Beamte in Schwerin sollen künftig entscheiden, welche Studiengänge angeboten werden dürfen und welche nicht. Die Hochschulbibliotheken haben seit Jahren kaum noch Mittel zur Verfügung, um ihre Bestände zu erneuern oder wissenschaftliche Zeitschriften verfügbar zu halten. Viele Lehrstühle können seit Jahren nicht mehr besetzt werden, weil der Ruf des Hochschulstandortes aufgrund der langjährigen Kürzungsdebatten erheblich gelitten hat. Zudem hat durch die SPD-Diskussion um eine Landeskinderregelung im Hochschulbereich das Ansehen des Landes als studentenfreundliches Bundesland für Studenten aus dem In- und Ausland gelitten.





Musikschulen droht Kürzung

Seit Jahren steigt die Zahl der Schüler an den 19 Musikschulen im Land. Trotzdem steht im Zuge des Gesetzentwurfes der Landesregierung zur Modernisierung der Verwaltung des Landes nun die Finanzierung infrage.

Theater, Kunst und Kultur

Eine an den Haaren herbeigezogene Theaterfinanzierungsdiskussion brachte für die Theater keine wesentliche Verbesserung ihrer Situation. Eine Palaverkommission von Landtag und Landesregierung verbannte die Abgeordneten des Landtages an den Katzentisch und stahl kommunalen Entscheidungsträgern und Theaterintendanten

viel Zeit. Argumente wurden ausgetauscht, aber nicht berücksichtigt. Am Ende stand eine einsame Entscheidung der Landesregierung.

Die Kulturförderung wurde zur Klientelförderung. Zu Lasten der Musikschulen, der Literaturförderung, der Filmförderung und anderer Kulturbereiche wurden die Kinder- und Jugendkunstschulen überproportional in die Kulturförderung aufgenommen. Eine Landeskulturpolitik ist damit völlig bis zur Unkenntlichkeit entstellt worden, wie eine Große Anfrage der CDU zur Kulturpolitik mehr als deutlich macht.

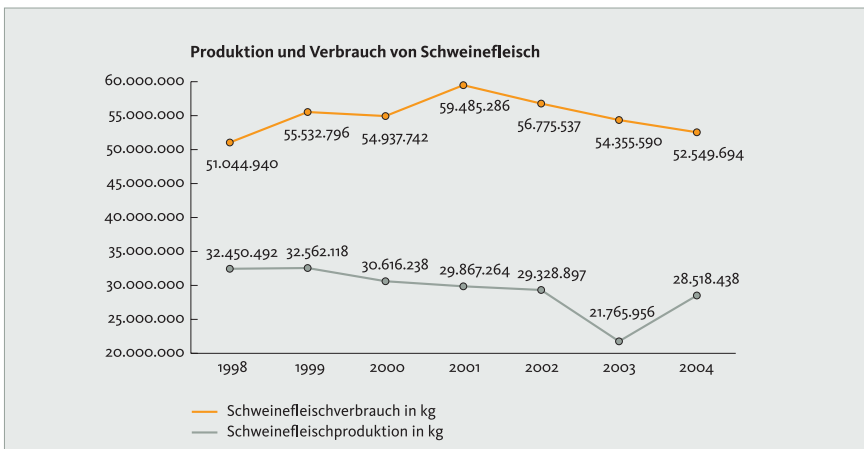


Landwirtschaft

Mit gut 23.000 Beschäftigten in der Land- und über 14.000 in der Ernährungswirtschaft und einem Jahresumsatz von 3,207 Milliarden Euro allein in der Ernährungswirtschaft sind diese beiden Branchen weiter eine der wichtigen Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Die Politik wird hier maßgeblich von Bundesregierung und EU bestimmt, aber das Land hat weitgehende Mitspracherechte im Bundesrat. Es ist bedauerlich, dass die SPD/PDS-Koalition diese nicht genutzt hat. Mecklenburg-Vorpommern hat durch sein Verhalten im Bundesrat mehrfach eine Zweidrittelmehrheit gegen Kürzungsinitiativen der Bundesregierung

blockiert und dadurch den Unternehmen im Land abträgliche Verordnungen zur Legehennenhaltung, Schweinehaltung, Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (Einführung der Modulation) und Kürzungen im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ermöglicht. Dies hat zu massiven Einkommenseinbußen der Beschäftigten in der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern beigetragen und Chancen für die wirtschaftliche Weiterentwicklung verbaut.

Die Folge dieser nachteiligen Politik ist auch, dass Mecklenburg-Vorpommern als traditionelles Agrarland zum Beispiel seinen eigenen Schweinefleischverbrauch nicht decken kann.





Soziales

Jugend, Familie und Sport

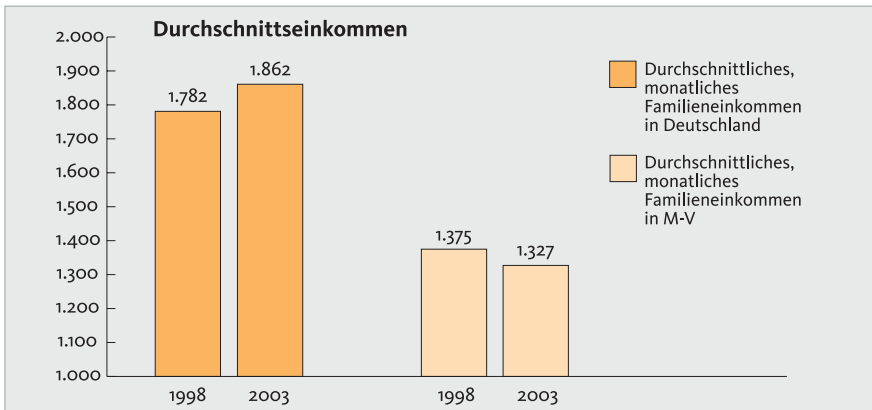
Mit der Streichung von Leistungen in sozialpolitischen Förderprogrammen hat die SPD/PDS-Koalition dafür gesorgt, dass von einer sozialen Chancengleichheit für die Menschen nicht mehr die Rede sein kann. Einer der ersten Schritte war die Kürzung und spätere Streichung des Landeserziehungsgeldes. Immer mehr Menschen sind von staatlicher Unterstützung abhängig, das Armutsrisiko ist unter SPD/PDS deutlich gestiegen.

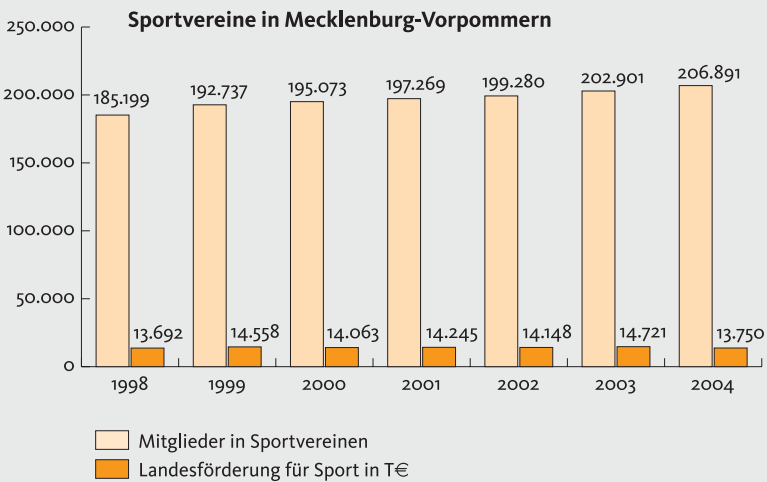
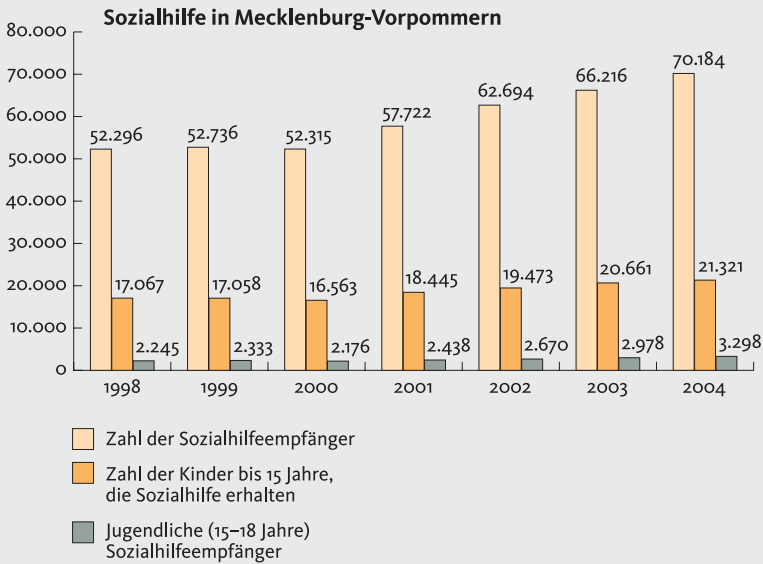
Es trifft besonders Familien mit Kindern und Alleinerziehende. Mecklenburg-Vorpommern ist das Land mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen und der größten Kinderarmut in Deutsch-

land. Allein innerhalb der letzten 5 Jahre hat sich die Anzahl der Kinder, die auf Leistungen des Staates angewiesen sind, um mehr als das Dreifache erhöht.

Mehr als 26 % der Kinder sind inzwischen auf Sozialgeld angewiesen, in der Landeshauptstadt Schwerin sind es sogar mehr als 34 %. Im Vergleich dazu liegt der Landesdurchschnitt in Bayern bei lediglich 6,6 %. Schwer wiegt angesichts dieser dramatischen Zahlen die Kürzung im sozialpolitischen Bereich: Kein Geld mehr für den Betrieb von Familienferienstätten, massive Kürzungen bei den Familienberatungsstellen und massiver Anstieg der Kinderbetreuungskosten.

Das Versprechen eines kostenlosen Vorschuljahres – durch die PDS wurden





hierfür im Wahlkampf sogar Gutscheine verteilt – ist bis heute nicht realisiert. Nach wie vor fehlt ein ganzheitliches pädagogisches Konzept. Stattdessen liegt ein Rahmenplan für das letzte Kindergartenjahr vor, der mit der späteren Grundschule in keinsten Weise abgestimmt ist. Eine Verzahnung zwischen Kindergarten und Schule ist nicht gegeben.

Trotz allen Geredes um die Sportförderung wurde auch hier radikal gestrichen. Die Folge ist, dass in den Einrichtungen des Schul- und Breitensports für den Betrieb zwingend notwendige Instandsetzungsarbeiten nicht oder nur stark zeitverzögert erfolgen.

Die Politik der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung hat zur Schließung von Frauenhäusern und Männerberatungsstellen im Land geführt. Es wurde in erster Linie an der Landesförderung der Arbeit mit hilfebedürftigen Frauen und Männer vor Ort gespart. Stattdessen gibt man weiterhin viel Geld für die eigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und für eine Höherdotierung der Position, nämlich als Parlamentarische Staatssekretärin, aus.

Soziales

Mit der im Zuge der Novellierung des Landespflegegesetzes erfolgten Abschaffung der Investitionsförderung des Landes im Bereich des Neubaus und der Modernisierung von Pflegeheimen hat die Landesregierung eine beispiellose Verunsicherung der älteren Generation und deren Angehörigen bewirkt. Die vollständige Streichung der so genannten Objektförderung konnte noch nicht einmal ansatzweise durch die Subjektförderung in Form eines Pflegewohngeldes kompensiert werden.

Dieses Pflegewohngeld ist sehr bürokratisch und zudem in der Höhe sehr stark begrenzt. Die Folge ist, dass mehr als ein Drittel aller Heimbewohner zusätzlich finanziell belastet wird. Für viele Heimbewohner bedeutet das neue Landespflegegesetz ein Zurück in die Sozialhilfebedürftigkeit.

Das Sozialhilfefinanzierungsgesetz, das die Finanzierung der überörtlichen Sozialhilfe neu regelte, ist ebenfalls gescheitert. Im Rahmen der verspätet durchgeführten Revision vollzogen SPD/PDS einen Richtungswechsel. Das Ziel „ambulant vor stationär“ wurde aufgegeben. Der Ende 2005 rückwirkend auf den 1. Januar 2005 verabschiedete neue Verteilungsschlüssel führt mit der nachträglichen Rückabwicklung zu mas-



siven Finanzierungsproblemen in einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten.

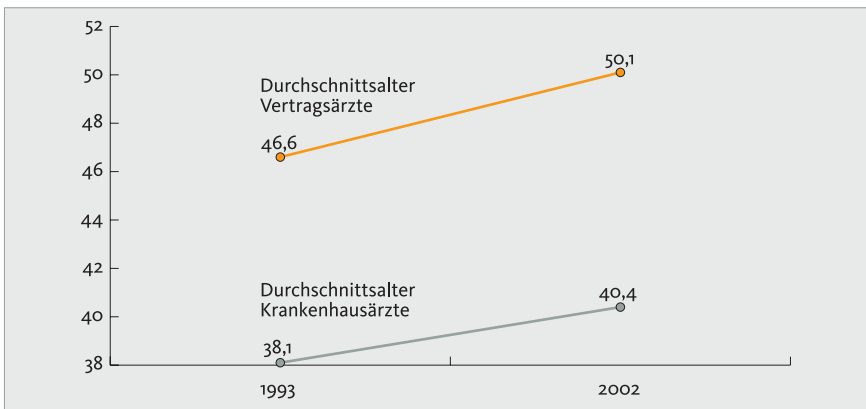
In Ergänzung zum Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes ist ein Landesgesetz notwendig. 161.540 Menschen sind betroffen. Erst im März 2006 schaffen es SPD/PDS, die entsprechende Landesregelung vorzulegen. Mecklenburg-Vorpommern ist auch bei der Gleichstellung von Behinderten in Deutschland das Schlusslicht.

Gesundheit

Probleme bei der Sicherung der künftigen flächendeckenden medizinischen Versorgung im ländlichen Raum im Bereich der Haus- und Fachärzte zeichnen sich seit Jahren ab. Die Koalition ignorierte dies weitgehend. Bis heute fehlt ein schlüssiges Gesamtkonzept

wie, vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, die medizinische Versorgung, insbesondere in den dünn besiedelten und strukturschwachen Regionen, gesichert und dem drohenden Ärztemangel wirksam begegnet werden kann. Die PDS-Sozialministerin hat keine schlüssige Antwort.

Der Anteil der über 59-jährigen Vertragsärzte in Mecklenburg-Vorpommern stieg von 3,7 % (1993) auf 23,8 % (2002). Der Anteil der unter 40-jährigen Vertragsärzte sank dagegen von 28,6 % auf lediglich noch 10 %. Bis 2012 verliert Mecklenburg-Vorpommern auf Basis der Alterstruktur in diesem Berufsstand im Durchschnitt 53,3 Hausärzte pro Jahr.



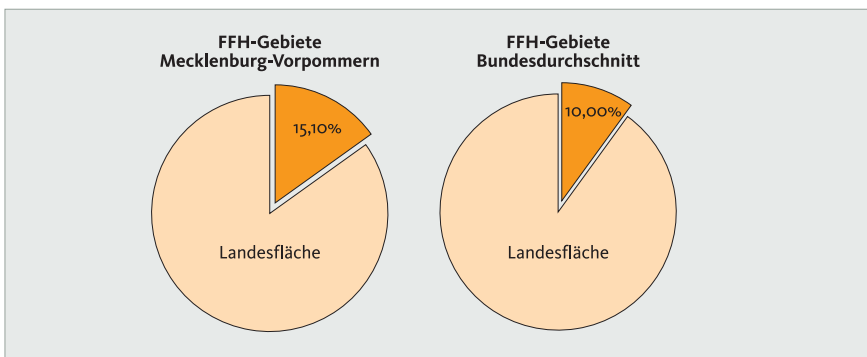
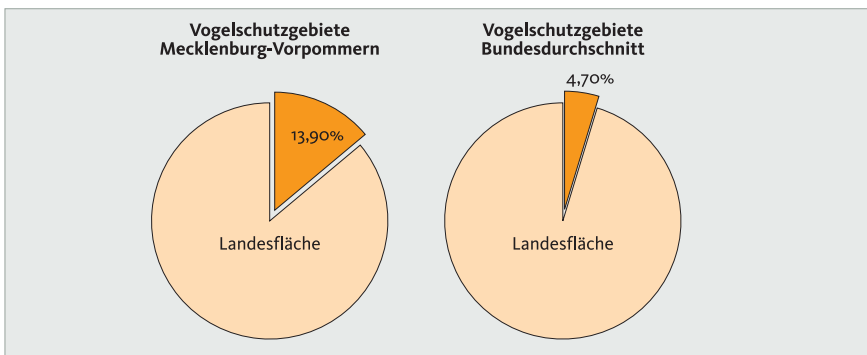


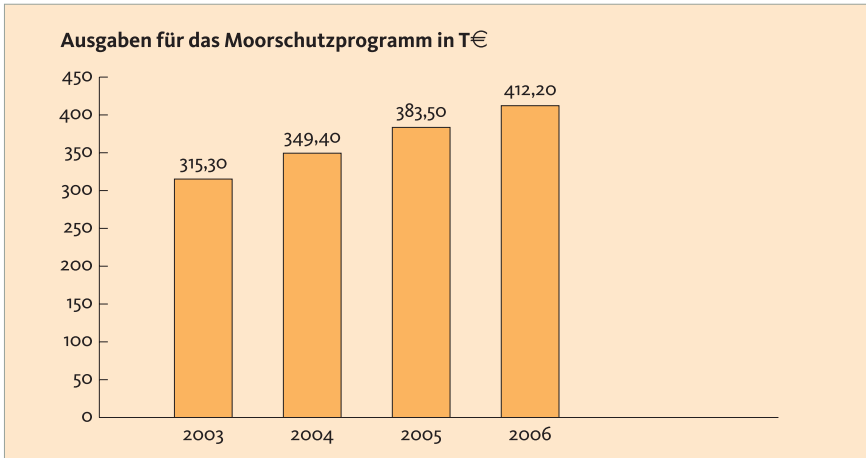
Umwelt

Naturschutz

Fleißig war die Landesregierung da, wo sie es Unternehmen, Kommunen und Bürgern schwer machen konnte. So wurde ein Verbandsklagerecht ins Landesnaturschutzgesetz geschrieben, großflächig gegen alle Vernunft zusätzliche FFH-Gebiete und Vogelschutzgebiete

ausgewiesen und ein teures Moorschutzprogramm vorangetrieben. Von 32 Millionen Euro die in der laufenden Förderperiode ausgegeben werden trägt das Land immerhin 25 Prozent. Das Moorschutzprogramm hat einzig dazu geführt, dass Mecklenburg-Vorpommern heute zwei Seen mehr hat. Ein Erfolg?





Abfallwirtschaft

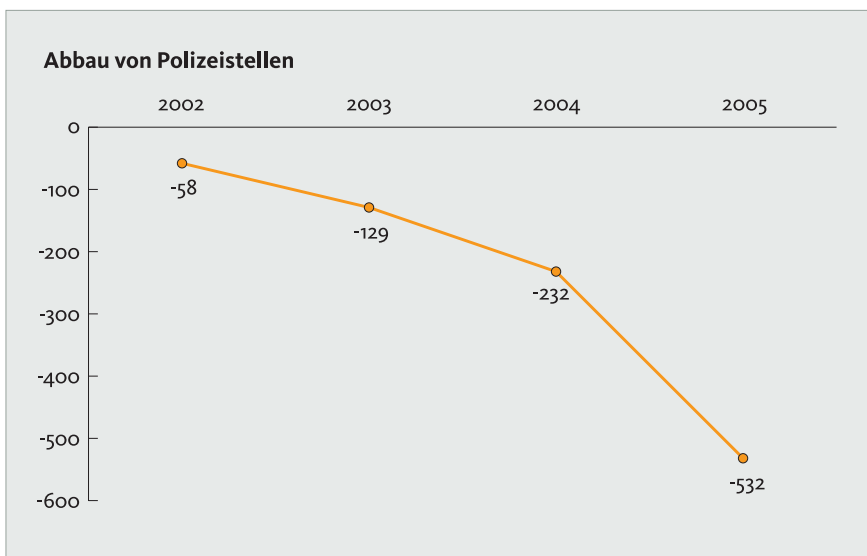
Mit dem Abfallwirtschaftsplan und der Verbindlichkeitsanordnung zum Abfallwirtschaftsplan setzte die Landesregierung auf eine Abfallpolitik, die zu höheren Kosten und somit zu höheren Gebühren für die Bürger und Unternehmen unseres Landes führte.

Vor allem die falsche und einseitige Ausrichtung der Abfallwirtschaft auf die Errichtung von mechanisch-biologischen Anlagen lässt die Kosten, gerade für Gewerbeabfälle, steigen, u.a. weil thermische Behandlungsanlagen zur Verwertung der Abfälle fehlen.

Polizei und Innere Sicherheit

Kriminalitätsbekämpfung und Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung sind nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten oder nach Spardiktat zu organisieren. Genau dies jedoch hat die rot-rote Koalition getan. Sie hat die Polizei in den vergangenen acht Jahren vollständig umorganisiert. Einziges Ziel war es dabei, zu sparen. Die Zentralisierung der Polizeikräfte in Revieren führte zu Personalabbau in den Polizeistationen vor Ort. Längere Einsatzzeiten und fehlende örtliche Kenntnis der Szene waren die Folge.

Um trotz der so schwierigen Situation in der Statistik erfolgreich zu sein, wurde diese angepasst. Die Folge ist, dass die Kriminalitätsstatistik nicht mehr als Meßlatte für den Erfolg der Polizeitätigkeit dienen kann. Inzwischen wird auch in der überregionalen Presse erörtert, ob Mecklenburg-Vorpommern seine Kriminalstatistik fälscht. Der Vorwurf basiert auf den Zielvereinbarungen, die das Innenministerium als Personalführungsinstrument mit den Beschäftigten der Landespolizei vereinbart hat. Diese Zielvorgaben führen dazu, dass bestimmte Delikte bevorzugt abgearbeitet werden, weil hohe Erfolgsquoten garan-





tiert sind, z.B. Verkehrsdelikte. Andere Delikte werden nachrangig behandelt, weil langwierige Ermittlungsverfahren (z.B. bei Drogenhandel oder Wirtschaftsvergehen) statistisch nur niedrige Aufklärungsquoten verursachen.

Vernachlässigt haben SPD/PDS in all den Jahren die Ausstattung der Polizei. Sie ist noch immer nicht auf dem neuesten Stand von Sicherheit und von Technik. Schuss- und stichsichere Unterziehwesten können sich die Beamten nur auf eigene Kosten kaufen. Auf Antrag gibt es dann einen Zuschuss. Die Umstellung der Polizeifahrzeuge auf Leasingbasis durch Rot-Rot erweist sich zunehmend als teurer Fehler. Die Kosten liegen über den Anschaffungskosten für ein Neufahrzeug. Dies bestätigte der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht 2005.

Besonders kritisch ist der Umgang der Landesregierung mit dem im Jahr 2007 geplanten Gipfeltreffen der G8-Staaten in Heiligendamm zu werten.

Mecklenburg-Vorpommern rückt mit dem G8-Gipfel in den öffentlichen Fokus der ganzen Welt. Statt diese Plattform, mit der sich das Land mehrtägig im Rampenlicht der internationalen Weltöffentlichkeit präsentieren kann, offensiv zu nutzen, macht die PDS Stimmung

gegen das Treffen. Statt sich als guter Gastgeber zu präsentieren, wird zu Aktionen gegen den Gipfel aufgerufen. Die PDS schadet so massiv dem Ansehen des Landes.



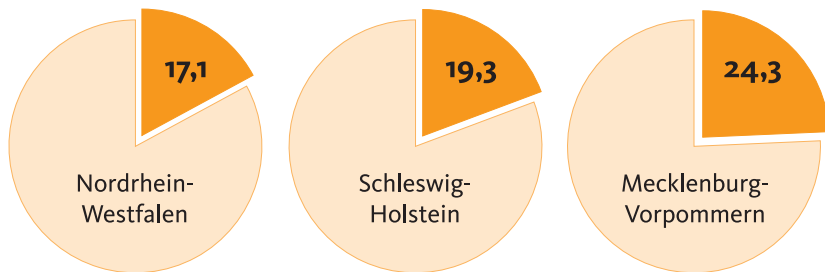
Verwaltungsreform und Kommunale Angelegenheiten

Zum wichtigsten Vorhaben haben SPD/PDS seit 2002 die Schaffung einer neuen Kreisstruktur hochstilisiert. Das Fünf-Kreise-Modell in der Form des Gesetzentwurfes der Landesregierung ist von namhaften Wissenschaftlern als verfassungswidrig eingeschätzt worden und wird von fast allen der ca. 1.000 angehörten Sachverständigen abgelehnt. Alternativen für das Fünf-Kreise-Modell wurden weder erwogen noch geprüft. Eine Kommunalisierung von Aufgaben wird bis 2009 hinausgezögert, obwohl viele Aufgaben sofort übertragen werden könnten.

Die beabsichtigte Bildung der Großkreise stellt auch die erfolgreiche Novellierung der Kommunalverfassung infrage. Wir konnten durchsetzen, dass hier die Ergebnisse der Enquete-kommission „zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ vollständig Eingang fanden.

Sieben Jahre hat sich die Landesregierung um eine Reorganisation der Landesverwaltung gedrückt. Zum 1. Januar 2006 trat jetzt eine Neuordnung der nachgeordneten Behörden der Ministerien in Kraft. Die Neuorganisation geschieht völlig ungeachtet der Kritik sämtlicher Sachverständigen und ungeachtet der Tatsache, dass Einspar-

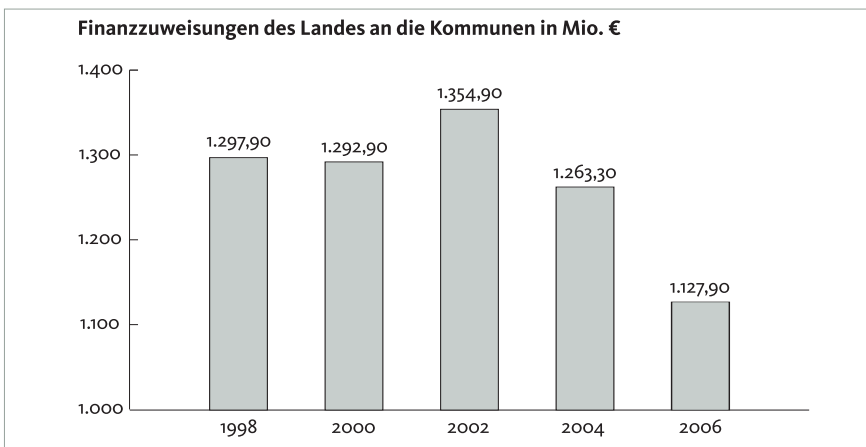
Personal des Landes je 1000 Einwohner im Vergleich



potentiale einer neuen Struktur weder nachgewiesen noch vorgetragen sind. Die immer wieder versprochene Kabinettsreform ist dagegen nicht durchgeführt worden.

Unbestritten hat das Land 10.000 Beschäftigte zu viel. Ein Personalabbau, der zu einer massiven Entlastung des Landeshauhaltes geführt hätte, wäre über Jahre hinweg sozialverträglich organisierbar gewesen. Dies hat die Landesregierung verhindert. Im Gegenteil: Durch tarifvertragliche vereinbarte Kündigungsschutzklauseln wäre auch eine neue Landesregierung bis 2009 gebunden. Als Ausweg sieht die Landesregierung nun, im Rahmen der neuen Kreisstruktur den Personalüberhang auf die Kommunen zu verschieben.

Durch Veränderungen bei der Berechnung des kommunalen Finanzausgleichs haben sich die Kommunal Finanzen in acht Jahren rot-roter Regierung stetig verschlechtert. Insbesondere die steigenden Ausgaben der Kommunen für Sozialhilfeempfänger sind nur unzureichend berücksichtigt. Innerhalb der Regierungszeit von Rot-Rot können daher immer weniger Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Obwohl der Koalitionsvertrag von 2002 die gesetzlich fixierte Mindestfinanzausstattung von 1.278 Mio. Euro garantiert hatte, wurden diese im Finanzausgleichsgesetz gestrichen und ab 2004 unterschritten.



Justiz

Die moderne Bürgergesellschaft benötigt eine gut funktionierende Justiz. Schnelle und effiziente Verfahren sind nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sie fördern auch das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Die Zahl der Strafgefangenen ist in den letzten Jahren um 1/3 gestiegen. Jeder Haftplatz kostet den Steuerzahler im Jahr 34.675 €. Dies ist Geld, welches an anderer Stelle besser ausgegeben wäre. Die Ursache dieser Entwicklung wird von SPD/PDS nicht hinterfragt.

Trotzdem kommt es dazu, dass gefährlichste Täter, wieder auf freien Fuß gelangen. Dies obwohl es das Instrument der nachträglichen Sicherheitsverwahrung gibt. Im Fall der ermordeten Carolin befasst sich auf Antrag der CDU-Fraktion ein Untersuchungsausschuss des Landtages mit den Versäumnissen im Justizministerium.

Die Verfahrensdauer bei den Gerichten sind zu lang. Dazu kommt noch, dass bei der Vollstreckung der Gerichtsurteile durch die Gerichtsvollzieher noch weitere wertvolle Zeit ins Land geht, weil die Gerichtsvollzieher hoffnungslos überlastet sind. Die Gläubiger müssen so nicht





selten ein Jahr und länger auf ihr Geld warten. Dieses ist nicht zu akzeptieren. Hier besteht seit langem Handlungsbedarf.

Die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten ist nicht den Erfordernissen der modernen Kommunikations- und Datentechnik angepasst. Insbesondere die Vernetzung von Staatsanwaltschaft und Polizei weist erhebliche Defizite auf.

Europa

Für unser Land sind die Möglichkeiten der Erschließung von EU-Fördergeldern von immanenter Bedeutung. Trotz dieser Tatsache fehlt bisher eine enge Verzahnung zwischen dem Informationsbüro des Landes in Brüssel und den Ministerien sowie dem Landtag.

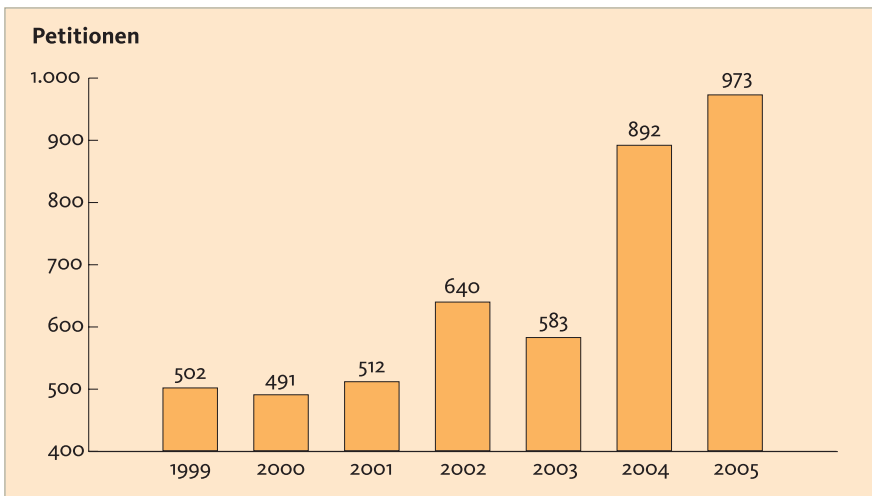
Das Informationsbüro arbeitet ausschließlich der Staatskanzlei zu. Eine direkte Anbindung der Ressorts an das Brüsseler Büro, wie sie in anderen Bundesländern, die in Brüssel wesentlich erfolgreicher agieren, praktiziert wird, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Auch der Landtag wird von den Erkenntnissen des Brüsseler Büros abgekoppelt.

Der mit der EU-Osterweiterung erleichterte Marktzugang in den neuen Mitgliedsstaaten wurde nicht als Chance erkannt. Stattdessen schloss die Landesregierung das seit Jahren bestehende und erfolgreich arbeitende Verbindungsbüro in Tallinn. Unternehmen aus dem Land fehlt damit ein kompetenter Ansprechpartner für das Baltikum.



Petitionen

Immer mehr Menschen wenden sich mit Petitionen an den zuständigen Ausschuss des Landtages. Dies zeigt zum einen, dass das Vertrauen der Bürger in die Arbeit des Landtages hoch ist. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass immer mehr Menschen unter SPD/PDS konkrete Probleme und Erschwernisse erfahren. In den letzten Jahren entwickeln sich Massenpetitionen zu einem neuen Schwerpunkt der Bürgeranliegen. Hervor stachen hier insbesondere die von tausenden Bürgern eingereichten Petitionen zur Eigenständigkeit des Landkreises Rügen (2004) und zum Schulgesetz (2005).



Mecklenburg-Vorpommern braucht mehr Gemeinsamkeit

Eine Ursache der Probleme des Landes liegt in der mangelnden Bereitschaft der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen im Landtag, auf den Sachverstand, der bei uns im Land vorhanden ist, zurückzugreifen. Gegen die Stellungnahmen aller Beteiligten, aller Experten und Sachverständigen werden Gesetze durchgesetzt. Es herrscht eine Diktatur der Mehrheit.

Wir müssen jene ernst nehmen und stärken, die sich für unser Land engagieren. Hören wir einander zu. Nehmen wir Ideen ernst. Zeigen wir uns Argumenten aufgeschlossen. Geben wir einander eine Chance.

Mecklenburg-Vorpommern braucht einen neuen Politikstil. Wir brauchen eine Politik des Miteinanders und der Gemeinsamkeit. Dann kann wieder mehr aus unserem Land werden.

Eine starke CDU-Landtagsfraktion, die alle gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert – von Jung bis Alt, vom Landwirt bis zum Ingenieur, von der Bibliothekarin bis zum Rechtsanwalt, vom Krankenpfleger bis zur Tierärztin, vom Verwaltungsangestellten über die Lehrerin bis zum Unternehmer – engagiert sich auch künftig für unser Land.

Helfen Sie uns dabei und schreiben Sie uns: Was sich ändern soll; was Sie von der Landespolitik erwarten; wo ein Gesetz stört oder eine Verordnung behindert. Lassen Sie uns im Dialog und gemeinsam etwas ändern!



CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Schloss Schwerin, 19053 Schwerin
Tel.: 0385/525 2202 und 0385/525 2205
Fax: 0385/525 2277
www.cdu-fraktion.de
info@cdu-fraktion.de
V.i.S.d.P. Wolfram Axthelm

Fotos:
Rainer Cordes, Cornelius Kettler,
Archiv CDU-Landtagsfraktion,
Archiv Lieps Verlag + Marketing GmbH

Satz · Layout · Druckmanagement:
Lieps Verlag + Marketing GmbH
Tel.: 0395 555360280 · www.lieps-verlag.de